

Wie Hamburg in Nigeria Öfen kaufte, die es nicht gab



Von **Axel Bojanowski**
Chefreporter Wissenschaft

Veröffentlicht am 22.12.2025 | Lesedauer: 6 Minuten



Blick auf Lagos, mit 14,5 Millionen Einwohnern größte Stadt Nigerias

Quelle: REUTERS/Sodiq Adelakun

Um seine Klimaziele zu erreichen, finanzierte Hamburg klimafreundliche Öfen in Afrika – doch die waren nicht aufzufinden. Jetzt zieht die Stadt Konsequenzen.

Hamburg zieht Konsequenzen aus einem Klimaschutzprojekt im Afrika, mit dem es auf dubiose Weise seine CO₂-Bilanz aufge bessert hat. Die Umweltbehörde der Stadt habe sich vorgenommen, Projekte in Drittländern zur Kompensation von CO₂-Emissionen einzustellen, erklärte sie WELT. „Ich habe entschieden, dass im Rahmen der Kompensation von CO₂-Emissionen aus Flugreisen der Freien und Hansestadt Hamburg zukünftig nur noch zusätzliche Klimaschutzprojekte bei uns in Hamburg unterstützt werden“, sagt Umweltsenatorin Katharina Fegebank (Grüne). Hamburg folgt damit nun doch einer Empfehlung des Rechnungshofs, gegen die sich die Stadt bislang gesträubt hatte.

Hamburgs Projekt stellt die Praxis von CO₂-Ausgleichsmaßnahmen für den Klimaschutz infrage. Die Posse begann Ende der 2010er-Jahre in Nigeria. In Dörfern im Norden des Landes flackerte offenes Feuer. Dichter Rauch stieg aus Lehmöfen, während Frauen Abendessen kochten. Von den modernen „Save80“-Holzöfen, die mit Hamburger Klimageld finanziert werden sollten, aber war nichts zu sehen. Trotzdem vermeldete die Hamburger Umweltbehörde stolz eine erfolgreiche CO₂-Einsparung: Man habe das Klimaziel 2020 erreicht – auch dank effizienter Öfen in Afrika.

Um ihr Klimaziel – zwei Millionen Tonnen CO₂ weniger von 2012 bis 2020 – zu erreichen, setzte die Hansestadt Hamburg auf ein ungewöhnliches Klimaschutzprojekt. Über die Organisation [Atmosfair](https://www.atmosfair.de/de/) (<https://www.atmosfair.de/de/>) finanzierte Hamburg in Nigeria und Indien effiziente Kochöfen, die deutlich weniger Brennholz verbrauchen. Dadurch sollten vor Ort Treibhausgase vermieden und diese Einsparungen als Emissionszertifikate auf Hamburgs Klimakonto gutgeschrieben werden.

Zertifikate im Wert von mehr als einer Million Euro

Zwischen 2018 und 2020 kaufte Hamburg auf diesem Wege Zertifikate im Wert von mehr als einer Million Euro – und rechnete sich so rund 75.000 Tonnen CO₂-Reduktion an. Der rot-grüne Senat feierte die Zielerreichung und betonte die nachhaltige Entwicklungshilfe: Die neuen Öfen würden das Abholzen der Wälder in Nigeria bremsen. 12.000 effiziente Holzöfen in Nigeria plante Atmosfair ab 2017 mit den Hamburger Geldern zu installieren und zusätzlich weitere in Indien. Doch bald zeigte sich: Von den Öfen fehlte jede Spur. Recherchen des Hamburger Rechnungshofs offenbarten „unglaubliche Versäumnisse seitens der Behörden“.

Auf Nachfrage von WELT äußert sich Atmosfair undurchsichtig: „Die Gründe wurden damals mit der Umweltbehörde besprochen. Ein Stichwort war die anhaltende Sicherheitslage in Nigeria“, erklärt die Organisation. Zwar existierten die effizienten Herde, mit denen Hamburgs Senat ab 2018 die Klimabilanz aufpolierte, nur auf dem Papier. Dennoch jubelte der Senat 2021: Klimaziel erreicht! Die Behauptung, die Mittel für die Jahre 2018 bis 2020 seien für die Projekte in späteren Jahren eingesetzt worden, könne die Behörde ebenfalls nicht belegen, monierte der Rechnungshof.

Doch warum verbuchte Hamburg die CO₂-Einsparung? Im Vertrag sei nur eine bestimmte Emissionsminderung, nicht die Ofenanzahl vereinbart gewesen, erklärt die Umweltbehörde auf Anfrage von WELT. Man habe ausschließlich „ex-post“ zertifizierte Emissionsminderungen angerechnet – also nur solche, die bereits erbracht und von UN-Prüfern offiziell bestätigt worden seien.

„Beim Erwerb von CO₂-Zertifikaten wurde auf Ex-post-Zertifikate gesetzt, da nur bei diesen eine definitive Emissionsminderung gesichert ist“, sagt die Umweltbehörde. Die Anrechnung der stillgelegten Zertifikate in den Jahren 2018 bis 2020 sei deshalb „zutreffend erfolgt“. Doch wie solche Zertifikate generiert werden konnten, ohne dass vor Ort neue Öfen standen, bleibt nebulös. Die Umweltbehörde verweist lediglich auf „UN-überprüfte Monitoringberichte“ und erklärt, Atmosfair habe die CO₂-Reduktionen durch unabhängige Auditoren bestätigen lassen.

Der Rechnungshof stellt allerdings fest, dass eine Organisation der Vereinten Nationen (UN) einen Prüfbericht des „projektverantwortlichen Zertifizierers“ zu dem Projekt in Nigeria für den Beobachtungszeitraum von Juli bis Oktober 2019 bemängelt. Aus der Kritik geht hervor, dass ab 2015 keine neuen Öfen in dem Projekt hinzugekommen waren.

An CO₂-Einsparungen war Hamburg nicht beteiligt

Demnach hatte Atmosfair – anders als vertraglich zugesagt – Ende 2017 nicht mit der Auslieferung der Öfen begonnen. Atmosfair hat dazu gegenüber dem Rechnungshof erklärt, dass das Projekt seit 2017 umgebaut worden sei und die Öfen inzwischen in einer eigenen Fabrik in Nigeria produziert würden. Die Zertifikate an Hamburg seien „von bereits produzierten Öfen in Nigeria“ gekommen. Eine „externe Dokumentation“ dazu liege vor.

An den CO₂-Einsparungen war Hamburg demnach also nicht beteiligt. Mit dem Hamburger Geld wurden den Angaben zufolge erst später zusätzliche Öfen finanziert, um das Versprechen einzulösen. Bis Ende 2024 seien Öfen mit Hamburger Geld finanziert worden, erklärt Atmosfair. Es bezeichnet die Zahlungen Hamburgs als „Spende“, ähnlich sieht es der Rechnungshof. Der hat festgestellt, dass die Behörde formal zwar CO₂-Zertifikate gekauft habe, letztlich aber nicht sicher sein kann, wofür konkret die Steuermittel eingesetzt wurden.

Konfrontiert mit der Kritik, ob externe Prüfer Emissionsreduktionen attestierten, obwohl Hamburgs Öfen 2018 bis 2020 noch gar nicht existierten, reagiert die Umweltbehörde ausweichend. Das Vorgehen entspreche der „üblichen Praxis“ und werde auf Bundes- und Landesebene anerkannt; Details der Prüfung müsse man bei Atmosfair erfragen, ließ die Behörde wissen. Transparenz sieht anders aus. Der Rechnungshof kritisiert, dass die Stadt sich keine Nachweise über die tatsächliche Mittelverwendung hat vorlegen lassen und so auch nicht den Maßnahmenerfolg der vertraglich zugesagten Auslieferungen der Öfen einschätzen konnte.

Bereits die Auftragsvergabe verlief dubios: Der Auftrag an Atmosfair wurde entgegen den Bestimmungen ohne Ausschreibung direkt vergeben und die Verträge wurden nicht veröffentlicht. Eine rechtliche Grundlage oder Ausnahmegenehmigung dafür fehlte – ein Vergabeverstoß, den der Rechnungshof rügte, denn ein öffentliches Vergabeverfahren fand nicht statt. Der Rechnungshof beanstandet, dass die Stadt auch gegenüber dem Hamburger Parlament, der Bürgerschaft, falsch informiert hat.

Hamburgs Umweltbehörde gesteht den Fehler in einer Stellungnahme für WELT nun ein. In einer Revision habe man den Prozess nachträglich analysiert; man wolle sicherstellen, dass sich „die nicht ausreichende Beachtung der Verwaltungsvorschriften“ nicht wiederhole, erklärt Hamburgs Umweltbehörde. Warum es überhaupt so weit kommen konnte, bleibt unklar.

Bis heute hat die Stadt zudem nicht plausibel dargelegt, auf welcher Grundlage die UN-Prüfer bereits 2018 bis 2020 Emissionsminderungen bestätigen konnten, wo doch die Hamburg-finanzierten Öfen zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht in Betrieb waren. Wurden hier Einsparungen gutgeschrieben, die nur auf dem Prinzip Hoffnung beruhten?

Auch die Diskrepanz bei der Ofenzahl bleibt mysteriös: Anfangs war öffentlich von 12.000 Öfen die Rede, später sollten es 15.000 sein. Mussten mehr Herde gebaut werden, weil der Spareffekt pro Ofen geringer war als prognostiziert? Die Behörde und Atmosfair bleiben klare Aussagen schuldig.

Wurde Hamburgs Klimabilanz künstlich aufgehübscht?

Zudem bleibt unklar, ob Hamburg Tausende Öfen in Nigeria draufgelegt hat, weil das andere Ofen-Projekt in Indien komplett ausfiel. In Indien floppte Hamburgs Klimaschutzplan komplett. Atmosfair habe „aufgrund unvorhersehbarer Probleme“ in Indien ersatzweise zusätzliche CO₂-Einsparungen in Nigeria erbracht, bestätigt die Stadt. Hintergründe sind unklar.

Unabhängig von der dubiosen Buchungslogik stellt sich die Frage, ob Hamburgs Klimabilanz künstlich aufgehübscht wurde. Die Einsparungen fanden tausende Kilometer entfernt statt – Hamburgs eigene Anstrengungen wurden dadurch erleichtert. Die Hamburger Opposition spricht von „Ablasshandel“. Ohne Kontrolle des Rechnungshofs wäre der Vorgang wohl nicht mal öffentlich bekannt geworden.

Doch man habe, so versichert die Behörde, aus dem Fall gelernt: Vergaben und Projektkontrolle sollen künftig strenger gehandhabt werden. „Mir ist es wichtig“, sagt Umweltsenatorin Fegebank, „dass mittelfristig alle Gelder in Hamburg verbleiben und den Klimaschutz bei uns vor Ort weiter stärken.“ Der Anfang sei gemacht: In diesem Jahr seien 174.000 Euro aus CO₂-Kompensationsmitteln für dienstliche Flüge für zusätzliche Baumpflanzungen übertragen worden.

Axel Bojanowski ist Chefreporter Wissenschaft bei WELT. In seinem Buch „Was Sie schon immer übers Klima wissen wollten, aber nicht zu fragen wagten“ (<https://www.amazon.de/wissen-wollten-bisher-fragen-wagten/dp/3864894611>) erzählt er in 53 Geschichten vom Klimawandel zwischen Lobbygruppen und Wissenschaft.